

Meldungen

zusammengestellt von Michael Mertsch

Leben im Norden und Osten

Nach wie vor bleibt in Jaffna, der nördlichen Halbinsel Sri Lankas, die Lage angespannt. Wie schon in den Vormonaten kommt es immer wieder zu Schußwechseln und Konfrontationen zwischen Angehörigen der Armee und der LTTE. Die LTTE hat im Oktober deutliche Zeichen dafür gesetzt, daß sie keinerlei Unterstützung der Armee durch die Zivilbevölkerung duldet. Zwei Personen wurden auf offener Straße erschossen, offensichtlich weil bekannt war, daß sie enge Kontakte zur Armee pflegten. Einer von ihnen, der 51jährige Vaithilingam Mathiyaparanam ist Vater von fünf Kindern.

Die Studenten der Kunstfakultät an der Universität von Jaffna traten in einen Streik, nachdem einer ihrer Kommilitonen von den Sicherheitskräften verhaftet und ins Lager nach Kanke-santhurai gebracht worden war. Man wirft ihm illegalen Waffenbesitz vor.

Insgesamt sieben Menschen starben am 15. Oktober bei dem Versuch, die Jaffna Lagune per Boot zwischen Thenmaradchi und Pooneryn zu überqueren. Das Boot wurde von der Armee entdeckt und sofort unter Beschuß genommen. Offizielle Quellen sprechen davon, daß die Schüsse Teil eines Kreuzfeuers zwischen Armee und LTTE gewesen seien. Angehörige der Opfer wurden von der Polizei aufgefordert, schriftlich zu bescheinigen, daß die Erschossenen Angehörige der LTTE waren.

Im Osten verletzte eine Bombenexplosion am Checkpoint von Uppuveli (nahe Trincomalee) zwei Polizeiangehörige. Wohl aus Unachtsamkeit lösten sich in einem Bus zwischen Kalmunai und Mandur mehrere Schüsse aus dem Gewehr eines Mitglieds der 'Special Task Force', durch die zwei Passagiere verletzt wurden. Nach wie vor ist es Praxis, daß Angehörige der Sicherheitskräfte in öffentlichen Bussen mitfahren, obwohl in der Vergangenheit gerade aus diesem Grund auch Anschläge auf Busse verübt wurden.

Mindestens 15 Verletzte gab es außerdem am 8. Dezember, nachdem in Kalmunai ein Sprengsatz explodierte, der auf einem Fahrrad befestigt war. Bisher ist die Urheberschaft dieses Anschlags nicht klar.

Amnesty international äußerst besorgt

Nach dem Granatenangriff am 20. November auf die katholische Kirche in Madhu im Nordwesten Sri Lankas (siehe dazu auch Beitrag Wahlen und Krieg) hat sich 'amnesty international' (ai) mit einer Stellungnahme an die Öffentlichkeit gewandt. Dem Angriff auf das mit mehr als 3.000 Flüchtlingen gefüllte Gotteshaus waren 37 Menschen - darunter 13 Kinder - zum Opfer gefallen. Bezüglich der Urheberschaft weisen sich die Regierung und die LTTE gegenseitig die Schuld zu.

ai weist darauf hin, daß beiden Konfliktparteien die Anwesenheit von unbeteiligten Zivilisten in der Kirche zum Zeitpunkt des Angriffs bekannt war und hier offensichtlich unbeteiligte Personen bewußt angegriffen wurden. Die Organisation sieht diesen jüngsten Zwischenfall nur als Teil einer ganzen Serie von gewalttätigen Übergriffen in jüngster Vergangenheit, zu denen auch der Angriff der srilankischen Luftwaffe auf das tamilische Dorf Puthukkudiyiruppu mit 21 Toten am 15. September oder der Überfall seitens der LTTE auf drei sinhalaische Dörfer im Amparai Distrikt am 18. September gehören.

Immer wieder gebe es auch Berichte über den Tod von Zivilisten bei Schußwechseln oder Angriffen im Vanni oder den östlichen Landesteilen, zum Beispiel im Batticaloa-Distrikt. Ai fordert beide Konfliktparteien noch einmal nachhaltig zur Zurückhaltung und Einhaltung internationaler humanitärer Prinzipien auf.

Auf die Tatsache, daß bisher das Schicksal von mehreren Hundert Personen, die seit 1996 von der Armee verhaftet wurden und seitdem vermißt werden, nach wie vor nicht geklärt ist, hat 'amnesty international' hingewiesen. In einer Anfang Dezember veröffentlichten Stellungnahme heißt es: "Die internationale Gemeinschaft wartet darauf, daß die Regierung die Einhaltung von Menschenrechten garantiert. Sowohl die jetzige Regierung unter Präsidentin Kumaratunga wie auch das Vorgängerregime hatten sich dazu verpflichtet." Die Organisation fordert die Einsetzung einer unabhängigen Kommission und ruft Colombo gleichzeitig dazu auf, bisher unveröffentlichte Ergebnisse einer internen Untersuchung bekanntzugeben.

Die Veröffentlichung wäre auch ein Schritt, daß Vertrauen in die Regierung bezüglich einer objektiven Untersuchung der Vorfälle wiederherzustellen. 'Amnesty' empfiehlt, internationale Hilfe für forensische Untersuchungen in Anspruch zu nehmen. Großbritannien, die Vereinigten Staaten und auch Australien haben solche Unterstützung angeboten.

Untersuchungen in Chemmani gehen weiter

Im Zusammenhang mit der Untersuchung der Hintergründe der Skelettfunde in Chemmani, wurden weitere Verhöre mit Angehörigen der Armee durchgeführt. Neben den bereits im Zusammenhang mit der Vergewaltigung und Ermordung von Krishanthi Kumaraswamy verurteilten fünf Soldaten wurden 20 weitere Soldaten, die von Augenzeugen mit Ermordungen und dem Verscharrten von Leichen in Chemmani in Zusammenhang gebracht werden, vernommen.

Eine Unterstützungsgruppe von Angehörigen der verschwundenen Personen, die 'Association of the Relatives of Disappeared Persons', hat in einem Brief an die Präsidentin Kumaratunga angekündigt, einen unbefristeten Hungerstreik zu beginnen, falls die Regierung nicht umgehend zum Schicksal von vermißten Personen Stellung nimmt. Ausgiebig widmet sich derweil die regierungsnahen Presse der Tatsache, daß bisher "nur" 15 Leichen gefunden worden seien, und man deshalb nicht mehr von einem Massengrab sprechen könne.

Wahlkampf heizt sich auf

Mit der Bekanntgabe des 21. Dezember als Termin für neue Präsidentschaftswahlen hat Chandrika Kumaratunga am 21. Oktober alle Gerüchte bestätigt, die von einem deutlich vorgezogenen Wahltermin sprachen. Die Terminbekanntgabe ging einher mit einer Erklärung der Präsidentin, daß die Regierung alle ihr gegebenen Aufgaben erfüllt hätte, lediglich die Beendigung des ethnischen Konflikts stehe noch aus. Gerade dafür aber suche Kumaratunga ein neues Mandat der Bevölkerung, damit "die Lösung auf einer noch festeren Basis steht". Bis zum 16. November hatten sich 13 Kandidaten gemeldet — eine Rekordzahl.

Mit der Bekanntgabe des Termins war auch unmittelbar ein Auftakt für neue Gewalttätigkeiten gegeben. Bis zum Tag der Nominierung von Kandidaten waren bereits zwei Tote und 36 Verletzte zu beklagen. Das Haus und Büro von Ravi Karunanayake, einer Schlüsselperson der Wahlkommission, wurde verwüstet. Bis Mitte Dezember ist die Zahl der bisher offiziell registrierten gewalttätigen Zwischenfällen auf ca. 400 angestiegen. Die meisten Beschwerden kommen aus dem Lager der oppositionellen UNP und richten sich gegen Angehörige und Unterstützer der Regierungskoalition. UNP-Führer Ranil Wickremasinghe hat aufgrund dieser Zahlen gefordert, zusätzliche internationale Wahlbeobachter ins Land zu holen.

8.000 Wahlbeobachter

Nachdem der Wahltermin für die Präsidentschaftswahlen bekanntgegeben wurde, haben die drei Organisationen zur Wahlbeobachtung PAFFREL, MFFE und CMEV ihre Arbeit aufgenommen. PAFFREL und MFFE erklärten, daß sie im ganzen Land, einschließlich einiger Regionen im Norden und Osten, 8.000 Freiwillige mobilisieren würden. Büros auf Distrikt- und auf Wahlkreisebene wären dann geöffnet, um mögliche Berichte von Gewalttätigkeiten oder Unregelmäßigkeiten entgegenzunehmen. Gleichzeitig würden 'District Coordinating Committees' aus Mitgliedern der

Kommunen gebildet, unter ihnen religiöse Führer und wichtige Persönlichkeiten, um diese Arbeit zu unterstützen.

Auf Veranstaltungen des stellvertretenden Wahlleiters mit verschiedenen Kandidaten wurde deutlich, daß die regierende 'Peoples Alliance' (PA) sich explizit gegen eine Anwesenheit internationaler Wahlbeobachter bei den Präsidentschaftswahlen ausspricht. Mit Verspätung gab die Wahlkommission am 24. November ihre Entscheidung bekannt, dennoch Wahlbeobachter aus 15 Staaten einzuladen.

Gleichberechtigung für Sprachen?

Nach deutlichen Kontroversen um den Gesetzentwurf zur Gleichbehandlung verschiedener Bevölkerungsgruppen (Equal Opportunities Bill), hat die Regierung zunächst davon Abstand genommen, diese Gesetzesvorlage im Parlament einzubringen.

Das mit großem Aufwand angekündigte Gesetz war unmittelbar nach Bekanntwerden einzelner Textteile massiv, vor allen Dingen von Seiten sinhalesisch-nationalistischer Kräfte, attackiert worden. Diese Gruppen warfen der Regierung vor, sie greife die sinhallesische Gemeinschaft an, speziell entziehe sie sinhallesisch-buddhistischen Studenten ihre Rechte. Schüler einiger privilegierter staatlicher Schulen in Colombo zogen protestierend durch die Straßen. Mehr

als 40 Klagen wurden am Obersten Gericht gegen den Gesetzentwurf und seine Verfassungskonformität eingebracht.

Offensichtlich aufgrund dieses massiven Drucks entschied die Regierung schließlich Mitte Oktober, keinen Unterricht in tamilischer Sprache an bestimmten Schulen einzuführen, die bis 1962 von religiösen Organisationen geleitet wurden. Hierzu gehören Schulen in Colombo, Kandy, Galle, Matara, Pannipitiya, Ambalangoda, Ratnapura und Kurunegala.

Im Gegensatz dazu ging jedoch eine Anweisung der Präsidentin an den Minister für Post und Telekommunikation, Mangala Samaraweera, alle Postämter in der Zentralprovinz, in der ein hoher Anteil von Tamilen lebt, mit tamilischsprachigen Mitarbeitern zu besetzen.

Wirtschaftswachstum trotz Krieg?

Die jüngsten Rückschläge der Regierung auf militärischer Ebene werden nach Meinung von Wirtschaftsexperten zwar deutlichen Einfluß auf den Finanzhaushalt des Landes haben, aber trotzdem die Hoffnung auf ein größeres Wirtschaftswachstum in nächsten Jahr nicht zerstören.

Das erneute Aufflackern der Kampfhandlungen wird voraussichtlich den Tourismus und langfristige Investitionen im Land bedrohen, derartige negative Effekte könnten aber diesmal durch deut-



Die beiden Hauptkontrahenten: die amtierende Präsidentin Kumaratunga und ihr Herausforderer Ranil Wickremasinghe von der UNP. Außer den beiden stellen sich weitere elf Kandidaten den Präsidentschaftswahlen. (Foto: Walter Keller)

lich gestiegene Aktivitäten bei Landwirtschaft und Handel ausgeglichen werden.

In einem Bericht der Zentralbank geht man derzeit davon aus, daß im nächsten Jahr das Brutto-Inlands-Produkt um 4,5 bis fünf Prozent steigen wird. Für das laufende Jahr liegen die Schätzungen zur Zeit bei vier Prozent, 1998 gab es noch eine Steigerung um 4,7 Prozentpunkte.

Während das Land im laufenden Jahr mit einer Einbuße von drei Prozent bei Exporten leben muß, sagen Experten für 2000 ein Exportwachstum von mehr als zehn Prozent voraus.

Commonwealth-Ausschluß gefordert

Ein im November vom Londoner 'Foreign Policy Centre' veröffentlichter Bericht fordert den Ausschluß der vier

Staaten Simbabwe, Kenia, Sambia und Sri Lanka aus dem Commonwealth, da diese bei der Behandlung ihrer Bevölkerungen keine substantiellen Fortschritte vorzuweisen haben. Dem 'Foreign Policy Centre' steht der britische Außenminister Robin Cook als Präsident vor, Schirmherr ist der britische Premierminister Tony Blair. Der für das Commonwealth-Treffen in Südafrika angefertigte Bericht fordert die Organisation auf, neue Maßnahmen gegen solche Staaten zu ergreifen, die bei der Einführung und Aufrechterhaltung zivilgesellschaftlicher Standards scheitern. Einer der im Bericht geäußerten Empfehlungen gilt der Ernennung eines Bevollmächtigten, welcher für die "gute Regierungsführung" verantwortlich sein soll.

UNP-Dissidenten

Eine Gruppe von 25 Schlüsselfiguren

der oppositionellen 'United National Party' (UNP), darunter die Parlamentsabgeordneten Dr. Sarath Amunugama, Susil Moonesinghe, Nanda Mathew, Wijeyapala und Chula Bandara, ließen während eines Treffens mit Präsidentin Kumaratunga in ihrer offiziellen Residenz am 5. November verlauten, daß sie der regierenden 'Peoples Alliance' (PA) beitreten werden. Unter den Anwesenden, die sich als alternative Kraft innerhalb der UNP verstehen, befand sich auch Dr. Stanley Kalpage und das Provinzratsmitglied Almon Peiris. Auf einer Sitzung des UNP 'Working Committee' am 8. November wurde entschieden, 37 Personen, unter ihnen die genannten, aus der Partei auszuschließen. Die Anführer der Dissidentengruppe, Sarath Amunugama und Nanda Mathew, wurden am 10. November zu Ministern mit besonderem Aufgabenbereich ernannt.

Die drakonische Anwendung des 'Prevention of Terrorism Act'

Die drakonische Anwendung des 'Prevention of Terrorism Act' (PTA) ist nach wie vor ein großer Kritikpunkt seitens zahlreicher Menschenrechtsorganisationen. Aber die Kritik der letzten Jahre war bisher nicht von Erfolg beschieden. Inzwischen hat die Anwendung des PTA, vor allem im Zusammenhang mit dem militärischen Konflikt im Norden und Osten des Landes, eine alarmierende Stufe erreicht. Indem es dem Militär in jüngster Zeit schrittweise gelang, größere Gebiete von "Feindesland" unter seine Kontrolle zu bekommen, kam die von Sinhaliesen dominierte Armee intensiver als je zuvor mit der tamilischen Dorfbevölkerung in direkten Kontakt. Der Umstand, daß die Armee als alleiniger Vertreter des Staates auftreten muß, hat bei der Bevölkerung Mißtrauen erweckt und zu Unsicherheiten geführt. In dieser unsicheren und komplexen Situation bedeutete die harte Anwendung des PTA, Öl ins Feuer zu gießen. Anstatt auf sorgfältig geplante Strukturen hinzuarbeiten, unter denen Grundrechte und -freiheiten berücksichtigt werden, führte die Willkür des PTA dazu, daß Tamilen immer häufiger ohne akzeptable Grundlage und sogar ohne jeglichen nachvollziehbaren Grund verhaftet werden. Oft werden die Verdächtigen der Folter und anderen Grausamkeiten unterworfen. In der Regel werden begründet und unbegründet Verdächtige zusammengesperrt; unschuldige Menschen werden hierdurch kriminalisiert, ihre ungerechte Behandlung führt dazu, daß sie anti-sozialen und anti-staatlichen Elementen zugetrieben werden.

Auch die Zustände in Gefängnissen und Haftanstalten sind schlecht: Die eklatante Überbelegung ist ein weiterer Umstand, unter dem Verdächtige geradezu wie Kriminelle behandelt werden. Nicht einmal minimale gesundheitliche und sanitäre Standards werden erfüllt. Die Verdächtigten leiden, weil man sie vorschnell für Terroristen hält. Der PTA ist der Ausgangspunkt dafür, daß unschuldige Personen diesen un-

menschlichen Bedingungen unterworfen werden.

Aufgrund der wahllosen und unverantwortlichen Anwendung des PTA vernachlässigt der Staat es, wirksame Mechanismen aufzubauen, unter denen die von ihm delegierte Autorität in einem rechtlich definierten Rahmen und auf angemessene Weise angewendet wird; stattdessen werden unschuldige Zivilisten, die außerhalb des militärischen Konfliktes stehen, belästigt. Dies hat solche absurden Ausmaße angenommen, daß die Opfer psychisch und sozial traumatisiert sind, ganz abgesehen davon, daß ihre Grundfreiheiten willkürlich beschnitten werden. Es ist höchste Zeit, daß der Staat dieser Willkür und Unverantwortlichkeit ein Ende macht. Nachfolgend zwei jüngere Beispiele für solche Willkür:

Ein junger Tamile namens Thangarajah Paramanatharajah aus Ariampathy wurde vom Gerichtshof in Batticaloa freigesprochen, als die Staatsanwaltschaft die unter dem PTA gegen ihn erhobene Anklage, er habe im ersten Quartal 1997 die LTTE mit Lebensmitteln, Brennstoff und anderen Gütern versorgt, fallen ließ, nachdem herausgekommen war, daß er während seiner Haftzeit schwer gefoltert worden war. Trotz dieses Rückzugs der Anklage blieb der junge Mann noch zwei Jahre aufgrund des PTA in Untersuchungshaft.

Die 30jährige Samithamby Thangaratnam, Mutter zweier Kinder, wurde unlängst nach zwei Jahren Untersuchungshaft vom Gericht in Batticaloa freigesprochen. Auch ihr hatte man vorgeworfen, die LTTE im Jahr 1995 mit Lebensmitteln und anderen wichtigen Gütern versorgt zu haben. Als Folge schwerer Folter leidet sie heute unter Gedächtnisverlust, so der Bericht des Gerichtsmediziners anläßlich der Aufnahme ihres Verfahrens, und wird einer längeren Behandlung bedürfen.